

## Wahlnachtbericht-Spezial: Die Piraten-Partei nach der NRW-Wahl

# Die Piraten-Partei im vierten Landtag

### Themenausgabe des Wahlnachtberichts zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Aktualisierte und überarbeitete Fassung der Themenausgabe vom 6. Mai 2012 zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Anlage B des Wahlnachtberichtes  
Abgeschlossen: 13. Mai 2012, 23:45 Uhr

## Inhaltsverzeichnis

Wahlnachtbericht-Spezial: Die Piraten-Partei nach der NRW-Wahl Die Piraten-Partei im vierten Landtag .....	1
I. Wiederholter Wahlerfolg der Piraten-Partei.....	1
II. Die Piraten-Partei im Spiegel der Wahlumfragen .....	2
III. Die Wähler/-innenschaft der Piraten-Partei .....	5
IV. Erklärungsmomente der Erfolge der Piraten-Partei.....	8
Wahlnachtberichte / Die Autoren, die Autorin / Vorbehalt .....	12

### I. Wiederholter Wahlerfolg der Piraten-Partei

Die Piraten-Partei ist in den vierten Landtag in Folge eingezogen. Dabei handelt es sich nicht um irgendeinen Landtag, sondern um den Landtag des bevölkerungsreichsten Landes der Bundesrepublik, um den Landtag, der für neue Parteien traditionell schwer zu erstürmen war.

Die Piraten-Partei bleibt ein schillerndes neues Phänomen in der deutschen Parteienlandschaft und ist daher als Projektionsfläche für vielerlei Motive geeignet ist. Ihre Wahlerfolge zeugen von einer verbreiteten Unzufriedenheit mit dem real existierenden politischen Betrieb und seinen parlamentarischen Parteien. Der Erfolg der Piraten legt eine weit verbreitete Überdrüssigkeit mit dem vorhandenen Parteiangebot offen, eine weit verbreitete Bindungs- und Orientierungslosigkeit im vorhandenen Angebot und ein entsprechendes Bedürfnis nach einer Alternative, eine Alternative, die die nicht als fertiges Angebot präsentiert wird, die nicht die politische Richtung um 180 Grad dreht, sondern die unfertig ist, offen und aus verschiedenen Elementen zusammengefügt, eine Alternative zu den professionellen politischen Eliten.

Das Bedürfnis nach einer Veränderung scheint in der Gesellschaft, zumal bei den unter 40-jährigen, weit verbreitet und geprägt von ideologischer Richtungslosigkeit im klassischen Sinn. Drückte sich zuvor die Auffassung, dass es so wie es ist nicht weitergehen kann, in der Wahl von Parteien auf den Polen „Markt/Individuum“ (FDP) oder „Staat/Gesellschaft“ (DIE LINKE) aus, so steht die Wahlentscheidung für die Piraten gegen die Abschottung des politischen Systems vom Alltag, gegen das „Politsprech“, für die Freiheit des Individuums und für gesellschaftliche, gemeinschaftliche Einrichtungen.

Die Piraten-Partei kann insoweit, in der Betonung und Voraussetzung von Gemeineigentümern, als Wiedergeburt des Sozialliberalismus unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen betrachtet werden. Dieser Sozialliberalismus wäre dann der Erbe des Neoliberalismus, die Antwort auf seine „Auswüchse“ (Entdemokratisierung, Ökonomisierung) und uneingelösten Versprechen (entfaltete Individualität), der Ausbruch aus der scheinbaren Alternativlosigkeit von „Markt versus Staat“.

Allerdings: Über die Piraten-Partei, ihre Anhänger/-innen und ihr Potential gibt es viele Vermutungen, manche begründet, manche hochspekulativ. Sicher ist nur, dass sie die konstellationspolitischen Rechnungen aller anderen Parteien durcheinander bringen, und alle anderen Parteien zwingen, sich zu ihnen zu verhalten und sich zu verändern. In den folgenden beiden Abschnitten beteiligen wir uns an der Interpretation der jüngsten Wahlerfolge der Piraten-Partei, zunächst mit einem Blick auf die Ergebnisse von Umfragen, dann mit einer politischen Wertung.

## II. Die Piraten-Partei im Spiegel der Wahlumfragen

Infratest dimap befragte im Rahmen des ARD-DeutschlandTRENDS vom April 2012 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger nach Ihrer Meinung zu den Piraten.

**Tabelle: Bewertung (Wieder-)Einzug von FDP bzw. Piraten in den Bundestag 2013 (Ergebnisse in %)**

FDP		Piraten	
Ja, fände ich gut	Nein, fände ich nicht so gut	Ja, fände ich gut	Nein, fände ich nicht so gut
36	59	50	42

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Zumindest im April des Jahres sprach sich jeder zweite befragte Wahlberechtigte für den Einzug der Piraten in den Bundestag bei der kommenden Bundestagswahl aus, gleichzeitig war fast jeder zweite der Meinung, dass dies nicht so gut sei.

Gegenüber der Forschungsgruppe Wahlen äußerte im März 2012 ein Anteil von 37% der Befragten Zustimmung zu einem Einzug der Piraten in den Deutschen Bundestag, während 26% dies als schlecht empfanden und knapp ein Drittel (32%) dazu keine Meinung hatte oder dies als „egal“ empfand. Immerhin *„24 Prozent fänden es sogar gut, wenn sie (die Piraten – BIH/HK) an der Bundesregierung beteiligt wären (egal: 23 Prozent, schlecht: 47 Prozent).“*<sup>1</sup>

Sowohl im Oktober 2011 als auch im April 2012 fragte Infratest dimap wiederum im Rahmen der DeutschlandTRENDS auf Basis vorgegebener Aussagen nach tendenzieller Zustimmung oder Nichtzustimmung zu diesen Aussagen.

Rund zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage zu, dass bei der Wahl der Piraten das Motiv, anderen Parteien einen Denkartikel zu verpassen, im Vordergrund steht. Gleichzeitig ist die Zustimmung zu dieser Aussage rückläufig und nimmt die Nichtzustimmung zu dieser Aussage etwas stärker zu, als die Zustimmung dazu abnimmt.

Das Gleiche lässt sich für die Aussage „Die Piraten sind keine ernstzunehmende Partei“ feststellen. Die Zustimmung zu dieser Aussage ist zwischen Oktober 2011 und April 2012 rückläufig, die Nichtzustimmung nimmt stärker zu, als die Zustimmung abnimmt. Im Übrigen ist zwischenzeitlich jede/r zweite Befragte der Auffassung, dass es sich bei den Piraten um eine ernstzunehmende Partei handelt.

Wiederum rund zwei Drittel sehen in den Piraten eine Wahlalternative für diejenigen, die sonst gar nicht zur Wahl gehen würden, während ein Drittel diese Aussage ablehnt.

<sup>1</sup> Forschungsgruppe Wahlen 2012: <http://www.zdf.de/ZDF/zdfportal/web/ZDF.de/Politbarometer/2942200/662847/6/b4edb2/Piraten-deutlich-im-Aufwind---FDP-bleibt-im-Keller.html> (Zugriff: 13. Mai 2012).

Während nur weniger als jede/r Fünfte im Oktober 2011 der Aussage zustimmte, dass die Piraten eine echte Alternative zu den Mitte-Links-Parteien SPD, Grüne und LINKE seien, stimmte im April 2012 ein Drittel der Befragten der Aussage zu, die Piraten seien eine Alternative zu den etablierten Parteien generell.

**Tabelle: Aussagen zur Piratenpartei Oktober 2011 / April 2012**

Koalitionsoption	Oktober 2011		April 2012	
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Die Piratenpartei wird nur gewählt, um den anderen Parteien einen Denkkzettel zu verpassen	72	22	67	29
Die Piraten sind eine Alternative für die, die sonst gar nicht wählen würden	63	28	64	31
Die Piraten sind eine echte Alternative zu SPD, Grünen und der LINKEN	17	71	-	-
Die Piraten sind eine gute Alternative zu den etablierten Parteien	-	-	33	58
Die Piraten sorgen dafür, dass endlich auch mal die Jüngeren was zu sagen haben	50	39	54	38
Die Piraten sind keine ernstzunehmende Partei	47	43	44	48
Die Piraten sind die einzige Partei, die sich wirklich für die Freiheit des Einzelnen einsetzt	15	68	-	-
Die Piraten sorgen dafür, dass die Politik offener und transparenter wird	-	-	49	42

Quelle: Infratest dimap / Eigene Darstellung

In diesem Zusammenhang von Interesse ist die Erhebung<sup>2</sup>, die Infratest dimap mit dem Ziel durchführte, die Verortung der Partei auf dem Links-Rechts-Schema bei den Wähler/-innen im Bundesgebiet generell und bei den Anhänger/-innen der Piraten im Speziellen festzustellen.

Zugrundegelegt wurde von Infratest dimap das »Links-Rechts-Schema«, bei dem die Links-Rechts-Einstufung auf einer Skala von 1 „links“ bis 11 „rechts“ für insgesamt sieben Parteien (die fünf im Bundestag vertretenen Parteien, wobei CDU und CSU gemeinsam erhoben werden zuzüglich NPD und Piraten) vorgenommen wird. Nach Infratest dimap ist das »Links-Rechts-Schema« *„immer noch ein passender Orientierungsrahmen zur Positionierung der Parteien im politischen Raum“*.<sup>3</sup>

Die Ergebnisse belegen, laut Infratest dimap, *„eine stabile und über die Zeit relativ konstante Positionierung der sechs etablierten Parteien. Ganz links wird die Linke platziert (2,4), Mitte links die Grünen (4,5) und die SPD (4,8), die FDP rangiert in der Mitte (6,0) und CDU (6,4) und CSU (6,9) werden Mitte rechts verortet. Hinzu kommt die rechtsradikale NPD, die mit 9,4 auch äußerst rechts platziert wird. Die Befunde zeigen in den letzten 10 Jahren eine leichte Linksverschiebung – sowohl in der Selbstverortung der Wählerinnen und Wähler (2001: 6,0; 2012 5,2) als auch in der Positionierung der etablierten Parteien.“*

*(...) In den Augen der Wähler (...) werden (die Piraten) derzeit mit 4,6 klar dem linken Parteispektrum zugeordnet. Sie weisen damit die geringste Distanz zu den Grünen auf. Allerdings fällt den Befragten die Einordnung der Piraten noch schwer: 25 Prozent können*

<sup>2</sup> <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2012/verortung-auf-dem-links-rechts-kontinuum/>

<sup>3</sup> Infratest dimap zitiert an dieser Stelle zur Bedeutung der Links-Rechts-Einordnung als zentrale Entscheidungshilfe für Wahlabsichten: Anja Neundorf 2012, Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand: Ideologisches Wählen in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 2008, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.): Wählen in Deutschland, Sonderheft der PVS 45/2011, Baden-Baden.

oder wollen aktuell keine Zuordnung vornehmen. Bei den anderen Parteien liegt dieser Wert zwischen 4 und (bei der FDP) 9 Prozent.

Dies gilt jedoch nicht für die Anhänger der Piraten selbst. Sie können sowohl sich selbst als auch ihre Partei sehr wohl im politischen Spektrum platzieren. Sie verorten die Piraten mit 5,2 allerdings stärker in Richtung der politischen Mitte als die Gesamtbevölkerung. Mit ihrer eigenen Selbsteinstufung von 5,1 dokumentieren sie ein hohes Maß an Übereinstimmung der eigenen Position mit der Position der Partei. Damit positionieren sie sich und ihre Partei sehr nah an der durchschnittlichen Selbsteinstufung der Gesamtbevölkerung (5,2).<sup>4</sup>

Im Rahmen des Politbarometers, das die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) erstellt, wurde zwischen dem 27. und 29. März 2012 auch von der FGW nach der Einordnung der Piraten gefragt: „Politisch rechnen 31 Prozent die Piraten eher dem linken Spektrum zu, 35 Prozent halten sie eher für eine Partei der Mitte und 30 Prozent können die Piraten nicht einordnen (eher rechts: vier Prozent).“<sup>5</sup>

Infratest dimap hat im Rahmen seiner Erhebung von April 2012 eine Differenzierung hinsichtlich der Wahlberechtigten insgesamt und der Anhänger/-innenschaft der Piraten vorgenommen.

**Tabelle: Aussagen zur Piratenpartei April 2012 nach Wahlberechtigten insgesamt und Piratenanhänger/-innen**

Koalitionsoption	Wahlberechtigte allgemein		Piraten-Anhänger/-innen	
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Die Piratenpartei wird nur gewählt, um den anderen Parteien einen Denkkzettel zu verpassen	67	29	63	37
Die Piraten sind eine Alternative für die, die sonst gar nicht wählen würden	64	31	76	24
Die Piraten sind eine gute Alternative zu den etablierten Parteien	33	58	72	26
Die Piraten sorgen dafür, dass endlich auch mal die Jüngeren was zu sagen haben	54	38	77	23
Die Piraten sind keine ernstzunehmende Partei	44	48	14	82
Die Piraten sorgen dafür, dass die Politik offener und transparenter wird	49	42	80	20

Quelle: Infratest dimap / Eigene Darstellung

Es überrascht nicht, dass die Anhänger/-innen der Piratenpartei die Aussagen zur eigenen Partei stärker konturieren, als dies die Gesamtbevölkerung tut. Hinsichtlich der eigenen Wähler/-innenschaft scheinen sich die Anhänger/-innen der Piraten selbst noch nicht ganz im Klaren zu sein. Während rund zwei Drittel meinen, dass sich in der Wahl der Piraten eine Denkkzettelmöglichkeit gegenüber den anderen Parteien ergibt, sieht dies etwas mehr als ein Drittel nicht so. Immerhin ein Viertel der eigenen Anhänger/-innenschaft meint zudem, dass die Piraten keine Alternative für diejenigen seien, die sonst nicht wählen gehen würden.

Dass mehr als vier Fünftel der eigenen Anhänger/-innen die Piraten für eine ernstzunehmende Partei halten, zeugt von vergleichsweise hoher Identifikation der Anhänger/-innenschaft gegenüber den Wahlberechtigten insgesamt. Immerhin jeder Fünfte der Anhänger/-innen ist sich zumindest im Moment nicht sicher, ob die Piraten tatsächlich dafür sorgen (können), dass die Politik offener und transparenter wird, was ja eines der wesentlichen Ziele der Politik der Piraten ist. Die Skepsis in der Wahlbevölkerung insgesamt liegt doppelt so hoch.

<sup>4</sup> <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2012/verortung-auf-dem-links-rechts-kontinuum/>

<sup>5</sup> Forschungsgruppe Wahlen 2012, ebd.

Nach Erkenntnissen der FGW im zitierten Politbarometer führten zumindest Ende März 2012 83% der Befragten die Erfolge der Piraten auf die Unzufriedenheit mit den anderen Parteien zurück, während nur 8% auf die inhaltlichen Positionen der Piraten rekurrierten.<sup>6</sup>

Von Interesse war für Infratest dimap letztlich noch, inwieweit angenommen wird, dass die Piraten dauerhaft in den deutschen Parlamenten eine Rolle spielen oder ob es sich bei der Partei eher um eine Zeiterscheinung handelt, die nach einer Weile wieder verschwinden wird.

**Tabellen: Piratenpartei – dauerhafte Rolle oder Zeiterscheinung**

	April 2012	
	Dauerhafte Rolle	Zeiterscheinung
Gesamt	33	61
Piraten-Anhänger/-innen	64	36
LINKE-Anhänger/-innen	37	57
Grüne-Anhänger/-innen	32	64
SPD-Anhänger/-innen	28	68
CDU/CSU-Anhänger/-innen	28	67

Quelle: Infratest dimap / Eigene Darstellung

Nur ein Drittel der Befragten insgesamt will zumindest zum jetzigen Zeitpunkt den Piraten eine dauerhafte Rolle im bundesdeutschen parlamentarischen System zugestehen. Knapp zwei Drittel halten die Partei für eine Zeiterscheinung. Bei den Piraten-Anhänger/-innen ist dieses Quorum spiegelverkehrt. Immerhin 36% der Piraten-Anhänger/-innen glauben derzeit nicht an einen dauerhaften Wahlerfolg der eigenen Partei.

Von den Anhänger/-innen der anderen etablierten Parteien sind die LINKE-Anhänger/-innen mit 57% am wenigsten bereit, die Piraten als eine parlamentarische Zeiterscheinung zu sehen. SPD und CDU sind mit 67% bzw. 68% diesbezüglich deutlich sicherer.

Gegenüber der Forschungsgruppe Wahlen äußerten *„trotz des aktuellen Hochs (...) aber nur 36 Prozent, dass die Piraten langfristig als Partei erfolgreich sein werden und 50 Prozent glauben das nicht (weiß nicht: 14 Prozent).“*

### III. Die Wähler/-innenschaft der Piraten-Partei

Die Wähler/-innenschaft der Piraten ist „jung, männlich, konfessionslos“, so summarisch Daniel Deckers in der FAZ vom 22. April 2012. Diese Charakterisierung darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Piraten-Partei von allen Parteien Wähler und Wählerinnen gewinnt, dass sie derzeit Attraktivität „für Bürger aus allen Segmenten des politischen Spektrums“ (Deckers) besitzen.

Der Aufstieg der Piraten erinnert an den Aufstieg der Grünen, die Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts Themenfelder wie Umweltschutz, auch Frieden besetzten, die von anderen Parteien vernachlässigt wurden, aber auf der links-rechts-Skala nicht eindeutig zu verorten waren.

Mit den Themen „Freiheit im Netz“, technikbasierte Kommunikationsmöglichkeiten und Partizipation in Verbindung mit dem „Lebensgefühl“ einer ersten „Generation Netz“ kann den Piraten ähnliches gelingen wie den Grünen damals: Liegengelassene Themen suchen sich neue Parteien, um ihre Bedeutung zu unterstreichen.

**Tabelle: Zusammensetzung der Wähler/-innenschaft Piraten-Partei (in %)**

<sup>6</sup> Forschungsgruppe Wahlen 2012, ebd.

<sup>7</sup> Forschungsgruppe Wahlen 2012, ebd.

	BE 09/2011	SL 03/2012	SH 05/2012	NRW* 05/2012
CDU	3	11	15	13
SPD	11	8	12	20
Grüne	13	11	16	17
LINKE	10	19	8	17
FDP	5	11	16	9
Andere	17	8	8	9
Summe Parteien	59	65	73	
Erstwähler	9	8	7	
Nichtwähler	17	22	15	15
Zugezogene**	15	5	5	

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Wählerstromkonten-Berechnung von Infratest-dimap.

\*NRW – Vorläufig auf Basis der Nettowählerwanderungs-Daten am Wahlabend / \*\* "Zugezogene": Personen, die bei der Vorwahl im Wahlgebiet nicht wahlberechtigt waren.

In Nordrhein-Westfalen haben die Piraten stärker als bei den Wahlen zuvor von der SPD und der LINKEN gewonnen, aber auch erhebliche Anteile von ehemaligen Grünen-Stimmen. Nicht wiederholen konnten sie die Gewinne von der FDP, während der Anteil von ehemaligen CDU-Wähler erneut hoch ist. Die Anziehungskraft auf Nichtwähler ist für eine neue Partei erneut bemerkenswert niedrig.

In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben die Piraten stärker noch als zuvor von allen Parteien gewonnen. Erneut kam wie im Saarland ein hoher Anteil der Piratenstimmen von der LINKEN. Zwar waren die Piraten auch in NRW nicht die Hauptkonkurrenten der LINKEN, aber sie zählten unter die Hauptkonkurrenten. Auffällig ist der erheblich gestiegene Anteil von „bürgerlichen Wählern“ unter den Piraten-Wählern.

Die Zusammensetzung der Wähler/-innenschaft der Piraten ist aus der Sicht der anderen Parteien nur eine von zwei notwendigen Perspektiven. Die andere Perspektive fragt nach dem Anteil der Abwanderung aus der eigenen Wähler/-innenschaft zu den Piraten an der gesamten Abwanderung von Wähler/-innen. Da für die Wahlnachtberichte lediglich Zahlen über die Salden von Ab- und Zuwanderung zur Verfügung stehen, können wir hier lediglich auf die Ergebnisse der Befragungen für Berlin und das Saarland hinweisen.

**Tabelle: Anteil der Abwanderung von Wähler\_innen zu den Piraten an der Gesamtabwanderung und an der Abwanderung zu anderen Parteien bei den einzelnen Parteien (in %)**

	BE 09/2011		SL 03/2012		SH 05/12		NRW 05/2012	
	Gesamt	Parteien	Gesamt	Parteien	Gesamt	Parteien	Gesamt	Parteien
CDU	4	11	6	14	7	15	14	11
SPD	7	13	6	14	8	16		
Grüne	21	29	13	18	15	22		
LINKE	16	30	12	23	7	16	35	32
FDP	7	10	9	13	9	23		
Andere	17	33	16	38	8	22		

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Wählerstromkonten-Berechnung von Infratest-dimap. NRW vorläufig.

Nimmt man beide Perspektiven zusammen, so bilden ehemalige LINKE-Wähler im Saarland zwar das größte Kontingent unter den Piraten-Wählern, die von anderen Parteien gekommen sind, die Abwanderung zu den Piraten aus der Wählerschaft der LINKEN liegt aber deutlich unter der Abwanderung zu den Nichtwählern und zur SPD. Auch in Berlin war dies der Fall,

allerdings mit der Besonderheit, dass bei SPD und Nichtwählern die Abwanderung durch eine höhere Zuwanderung verdeckt wurde.<sup>8</sup> In Schleswig-Holstein dominierte ebenfalls die Abwanderung zur Wahlenthaltung und zur SPD bei den LINKE-Verlusten. Für Nordrhein-Westfalen waren die Wählerstromkonten für diese Wahlnachtanalyse noch nicht verfügbar. Die dargestellten Zahlen basieren auf einer Auswertung der Wanderungssalden, also der Nettobilanz von Zu- und Abwanderung und sind somit nicht vergleichbar. In ihnen spiegelt sich etwa bei den Zahlen für DIE LINKE jedoch erstmalig ein erheblicher Anteil der Verluste an die Piraten an den Gesamtverlusten

Die Wahlanalysen von Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen zeigen einige Besonderheiten, die Piraten-Wähler von anderen Parteiwählern unterscheiden. Während die anderen Parteien durchweg zu zwei Dritteln und mehr „aus Überzeugung“ statt „aus Enttäuschung“ gewählt werden (keine Angaben für DIE LINKE), verhält es sich bei den Piraten umgekehrt: zwei Drittel wählten sie „aus Enttäuschung“ über die anderen Parteien (Infratest). Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte als für die Wahlmotive „Unzufriedenheit mit anderen Parteien“ 74% und „Inhalte“ 22%.

Die vier wichtigsten wahlentscheidenden Themen für Piraten-Wähler/-innen waren Soziale Gerechtigkeit (34%), Netzpolitik (26%), Schulpolitik (24%) und Arbeitsmarktpolitik (21%). Gemessen am Durchschnitt aller Wähler/-innen fällt die „Netzpolitik“ als besonderes Thema der Piraten heraus. Lediglich für die Wähler von SPD und LINKEN waren die vier im Durchschnitt aller Wähler/-innen wichtigsten wahlentscheidenden Themen Wirtschaftspolitik, Schulpolitik, Soziale Gerechtigkeit und Arbeitsmarktpolitik ebenfalls die wahlentscheidenden. Alle anderen Parteien hatten wie die Piraten mindestens ein „Sonderthema“, CDU und FDP etwa die „öffentliche Verschuldung“.

Hinsichtlich der Einschätzung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage unterscheiden sich die Piraten-Wähler ebenfalls von denen anderer Parteien bzw. dem Durchschnitt:

- Während 17% aller Wähler/-innen sich „große Sorgen“ um ihre wirtschaftliche Situation machen, sagen dies 30% der Piraten-Anhänger/-innen über sich.
- 29% der Piratenwähler sagten, dass sie von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren, aber 35% aller Wähler/-innen und knapp die Hälfte der CDU- und FDP-Wähler/-innenschaft behauptet dies von sich.
- Gut die Hälfte der Piraten-Anhänger/-innen sieht sich bei der „gesellschaftlichen Entwicklung“ auf der „Gewinner“-Seite, deutlich weniger als bei CDU, FDP und Grünen, etwa gleichauf mit den SPD-Anhänger/-innen.
- Die Frage „Sind sie zufrieden mit der Demokratie?“ beantworteten 80% der CDU-Anhänger mit Ja, auch 73% der Grünen-Anhänger. Lediglich bei den Piraten ist es, laut Infratest dimap, mit 43% eine Minderheit (LINKE-Anhänger nicht ausgewiesen).

Die Piraten-Anhänger/-innen weisen ihrer Partei drei Kompetenzen zu:

- „Für Transparenz und Offenheit in der Politik sorgen“ (74%),
- bei „Sozialer Gerechtigkeit“ (30%) und
- in der „Schulpolitik“ (28%).
- Vorne liegen die Piraten auch bei allen Wähler/-innen, wenn danach gefragt, wer „am ehesten für mehr Transparenz in der Politik“ sorgt: Piraten 24%, Keine Partei 22%, SPD 19%, Grüne 15%, CDU 13%.

<sup>8</sup> Vgl. ausführlich Horst Kahrs, Wahlnachlese zur Landtagswahl im Saarland am 25. März 2012; <http://www.rosalux.de/publication/38339/die-landtagswahl-im-saarland-am-25-maerz-2012.html>

Die Herkunft der Piraten-Anhänger/-innen bestätigt die Ergebnisse aus Berlin und dem Saarland. Überdurchschnittlich Ergebnisse bei männlichen Erstwählern (20%), Wählern unter 45, insbesondere bei Wählern unter 35 Jahren und männlichen Geschlechts. Hohe Anteile erreichten sie in Schleswig-Holstein auch unter „Arbeitern“ (14%) und „Arbeitslosen“ (15%), womit sie in beiden Gruppen deutlich vor der Partei DIE LINKE lagen. (Infratest dimap).

Der Piraten-Anhänger/-innenschaft zwischen Nord- und Ostsee ist jung, unzufrieden mit dem vorhandenen Parteienangebot und dem Zustand des politischen Systems. Stärker als der Durchschnitt betrachten sie ihre soziale Lage als prekär und blockiert, verbinden dies aber nicht mit einer Präferenz für klassische Arbeitsmarkt- oder sozialstaatliche Politikangebote, sondern mit Fragen der „Netzpoltik“ und der Transparenz und Offenheit, also den Partizipationsmöglichkeiten des politischen Systems. Die Hypothese, dass es sich bei der Piraten-Partei um den politischen Arm eines neuen „Generationen-Projekts“ handeln könnte, erhält weitere Bestätigung.

#### **IV. Erklärungsmomente der Erfolge der Piraten-Partei**

- (1) Gewählt und nicht gewählt wird eine Partei auf der Basis der Vorstellungen, die die Wählerinnen und Wähler sich über die Partei machen. Vorstellungen über eine Partei entwickeln sich selten in Kenntnis der Programmatik einer Partei. Viel wichtiger ist die Vorstellung darüber, „wofür eine Partei steht“, sind ihr Habitus, ihre Kultur und ihre Werte. Weiter spielt eine bedeutsame Rolle, welches Verhältnis die Partei zu den anderen Parteien einnimmt und welche positiven, negativen, verärgerten oder anpassenden Reaktionen der anderen Parteien auf einen Erfolg der Partei erwartet oder erhofft werden. Schließlich spielen bei der Wahlentscheidung vor der Kenntnis der Programmatik die Annahmen und Vorstellungen darüber eine Rolle, ob die Partei in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, im Alltag geerdet ist und realitätstaugliche Angebote hat, bei denen man sich vorstellen kann, „dabei“ zu sein. Diese in der Wahlforschung gut belegten „vor-programmatischen“ Motive bleiben unbestimmt, schwammig, abhängig von der politischen Situation und Stimmungslage einerseits und von langfristigen Bindungen und Zugehörigkeiten andererseits. Sie folgen keinem interessengeleiteten rationalen Entscheidungsmuster, wie es ein „Wahlomat“ nahelegt. Mit dem Hinweis, dass die Piraten-Partei zu vielen Fragen keine programmatischen Antworten parat hat, war im Wählerpotential der Piraten, also bei denjenigen, die sich vorstellen konnten, die Partei zu wählen, bisher kein Blumentopf zu gewinnen, gerade weil sie als Alternative zu den fertigen politischen Menüs der anderen Parteien gar kein festgefügtes Programm, sondern eine gewisse programmatische Offenheit, eben weil sie vor allem Beteiligungs- und Entwicklungsmöglichkeiten wollen: Politik als offener Prozess. Partizipation, Bürgerbeteiligung, gemeinschaftliches Machen zeichnen eine „Wertegruppe“ aus, deren Umfang in einer Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung über die Grundlagen für die Herausbildung von Vertrauen in Demokratie und Gesellschaft in Deutschland auf rund ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung geschätzt wird.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Jan Arpe: Vertrauen, Demokratie, Zukunft. Ergebnisse der Studie „Vertrauen in Deutschland“. Vortrag auf der Konferenz „Arbeitnehmerbewusstsein und Demokratie“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und des Jenaer Zentrum für interdisziplinäre Gesellschaftsforschung am 3./4. Mai 2012 in Jena. In der qualitativen Untersuchung wurde gefragt, wodurch „Vertrauen“ vor allem entsteht bzw. worauf es beruht. Für ein Fünftel der Befragten stand „Bürgerbeteiligung“ obenan. Siehe auch: [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-A0B09A3B-B825E46A/bst/Vertrauensstudie\\_BST\\_2009.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-A0B09A3B-B825E46A/bst/Vertrauensstudie_BST_2009.pdf)



- (2) Die Erfolge der Piraten-Partei in den vergangenen Monaten drücken das Bedürfnis in Teilen der Wählerschaft nach einer Veränderung im politischen Feld aus. Die ins Parlament gewählten Piraten sind bereits die entscheidende Veränderung, weil sie neu sind. Die erstarrten, bekannten, ausrechenbaren Konstellationen und Optionen zwischen den parlamentarisch etablierten Parteien erscheinen als ausgereizt, sie stillen das Bedürfnis nach Veränderungen im politischen Feld nicht. Die Veränderung tritt bereits in dem Moment ein, in dem ein „neuer Akteur“ auftritt bzw. richtiger: von Wählern und Wählerinnen auf das politische Spielfeld geschickt wird. Alle anderen Parteien müssen sich auf diese neue Situation einstellen, weil ihre strategischen Planungen durcheinander gebracht werden. Diese Funktion des „neuen Akteurs“ benötigt nicht zwingend umfangreiche oder konsistente Programme und/oder personengebundene Kompetenz. Sie wird weder durch den Begriff „Protestwahl“ noch durch den Begriff „Anti-Partei“ ausreichend erfasst. Die spannende Frage ist, wie lange der Akteur durch sein Handeln das politische Feld in Bewegung halten, Veränderung auslösen kann. Die programmatische Offenheit der Piraten-Partei kann (muss nicht) sie auf mittlere Sicht zu einem bleibenden neuen Akteur machen, gerade weil sie eine große Vielfalt an Handlungsoptionen und Anpassungsfähigkeit sowie Projektionen und Vorstellungen über diese Partei zulässt. In einigen Monaten kann die politische Stimmung wieder völlig anders geprägt sein.<sup>10</sup>
- (3) Bei den anderen Parteien weiß man bzw. glaubt man zu wissen, was man hat und woran man ist. 2005 erhielt die heutige LINKE die Rolle des neuen Akteurs, die erfolgreich Parteigründung 2007 wurde von der Wählerschaft mit einer Spielzeitverlängerung zu verbesserten Konditionen honoriert. Aber die Rolle des neuen Akteurs, dessen bloßer Auftritt allein schon die anderen Parteien zu Veränderungen nötigt, war unter den veränderten parlamentarischen Konstellationen nicht mehr wie zuvor auszufüllen. Irgendwann stellte sich bei mehr und mehr potentiellen Wähler\_innen der Eindruck her, dass von der LINKEN auch keine neue Initiative kommen würde. Das machte sie für eine Gruppe von vor allem jüngeren, internetaffinen Wahlberechtigten, zumal im Vergleich zu den aufkommenden Piraten, zum Teil der unbeweglichen, erstarrten politischen Verhältnisse – kein Zufall also, dass der Durchbruch der Piraten in Berlin (und nicht in Mecklenburg-Vorpommern vierzehn Tage zuvor gelang), weil hier einerseits die Parteistrukturen und die „Kernwählerschaft“ der Piraten-Partei besonders stark und konzentriert vertreten sind und andererseits nach zehn Jahren rot-roter Regierungskoalition das Bedürfnis nach Veränderung ausgeprägt war.
- (4) Das Bedürfnis nach Veränderung drückte sich nach einer Phase der parteipolitischen Flurbereinigung in den Gründungsjahren der Bundesrepublik, die mit dem Misserfolg der NPD bei der Bundestagswahl 1969 endete, erstmals Anfang der 1980er Jahre in der parlamentarischen Präsenz einer neuen Partei (Die Grünen) aus. Es folgten in Landesparlamenten einige „neue Akteure“ im rechten Spektrum (z.B. Republikaner, DVU, Statt-Partei, Schill-Partei). Die Erfolge der PDS sind eher als Ausdruck eines Bedürfnisses nach Repräsentanz und Anerkennung denn als Ausdruck eines Bedürfnisses nach Veränderung zu begreifen. Die PDS war kein „neuer Akteur“, sondern in Ostdeutschland von Anfang an dabei. Erstmals also 2005, fast ein Vierteljahrhundert nach den Grünen, schickte die bundesdeutsche Wählerschaft mit der LINKEN wieder einen neuen Akteur ins politische Feld. Wenn dies bundesweit 2013 bereits wieder geschehen sollte, und die jüngsten Wahlerfolge und Umfragen legen dies nahe, dann zeugt das von vielschichtigen Umwälzungen und Blockaden in der Gesellschaft, die von den existierenden Parteien nicht ausreichend beachtet und bearbeitet werden und aufgrund der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft und Wählerschaft kurz- und mittelfristig auch nicht bearbeitet werden können, weil dies in

<sup>10</sup> Vor gut einem Jahr beherrschten „Fukushima“ und die Grünen (in Baden-Württemberg) die politische Stimmung, von den Piraten sprach kaum jemand. Alle anderen Parteien entdeckten auf je ihre Art den begrünzten Kapitalismus.

anderen Segmenten ihrer Wählerschaft zu Verlusten führen würde bzw. diese von den Parteiführungen erwartet werden.

- (5) Die Frage nach der Art dieser Verstopfungen im politischen System führt weg von der Analyse der Piraten als bloßer neuer Akteur im politischen Feld und hin zur Analyse der Piraten als Partei, auf die bestimmte Vorstellungen projiziert werden. Um welche Fragen handelt es sich?
- *Die Ritualisierung der Politik im Angesicht des Finanzkapitals:* Komplexität, Undurchschaubarkeit, systemische Zwänge, daraus erwächst Verdacht der Korruption: Weil die nichts machen, was doch auf der Hand liegt, müssen die korrupt sein, unter einer Decke stecken usw. Mit Transparenz, Offenheit, neuen Beteiligungsverfahren versprechen die Piraten einer Wählergruppe, denjenigen, die partizipieren wollen, einen Weg in die Politik, für die anderen verkörpern sie die Hoffnung, den Schleier von den herrschenden Machenschaften zu reißen. Die Piraten ziehen die Demokratie- und Politikfrage auf sich. Hinzu kommt: die Abschließung des politischen Systems, seine Sprache, seine Rituale, seine Spezialisierung richten gegen die Macht der Konzerne und Märkte offensichtlich auch nichts aus, da erwecken Parteien, deren Vertreter demonstrativ nicht als Alles- und Besserwisser auftreten, Vertrauen, gerade weil sie keine Fachkompetenz haben, sondern „Alltagskompetenz“ vermutet wird.
  - *Die Repräsentanzfrage:* Die Wahlkampagnen der Piraten unterlaufen das eingeübte Erscheinungsbild der anderen Parteien. Sie präsentieren nicht das gestylte CD, die retouschierten Gesichter der vergangenen zehn Jahre. Ihre Personenplakate präsentierten in Berlin Gesichter wie nach einer dreitägigen LAN-Party. Ihre Themenplakate hatten den subversiven Sound der Seiteneinsteiger und Querflieger. Auf den ersten Blick waren die Piraten erkennbar als diejenigen, die anders sind als die anderen. Sie standen und stehen aber nicht gegen alle anderen, sondern quer zum mainstream und repräsentierten damit eine soziale Schicht, die sich in den Personen und Themen der anderen Parteien nicht wiedererkennen – und keinen Grund (mehr) sehen, sich unter denen für das kleinere Übel zu entscheiden. Hier geht es nicht um Forderungen und Interessen, sondern um Werthaltungen, um Einstellungen und Habitus, um kulturelle Codes.
  - Möglicherweise gehört zum politischen Gelegenheitsfenster der Piraten auch, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland gut, die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand seit langem ist, also keine „harten“ Themen die politische Diskussion beherrschen und die Wahlentscheidung bestimmen. Dass die Unzufriedenheit mit dem demokratischen Entscheidungssystem freilich ambivalente Züge hat, zeigen das Beispiel Griechenland und das Elend, in welches der Kapitalismus die repräsentative Demokratie gestürzt hat: Regierungen *müssen „nicht mehr mit dem Vertrauen der Bürger, sondern mit dem Vertrauen unserer besonderen Freunde, der Märkte ausgestattet sein“*.<sup>11</sup> Das Ergebnis dessen sind Machtstrukturen, die durch nichtformalisierte und nichtöffentliche Entscheidungsfindung in den Vor- und Hinterzimmern der Macht geprägt sind, bei der es nicht einmal gleichen Zugang für alle Interessen gibt. Wenn die Piraten behaupten, das „Betriebssystem“ der Politik ändern zu wollen, wäre es interessant, zu erkunden, inwieweit womöglich genau diese Unzufriedenheit mit dem demokratischen Entscheidungssystem angezogen wird. Es könnte sein, dass die mediale Dominanz der Euro- und Fiskalkrise und mit ihr der „besonderen Freunde“, von denen alles abhängt und die die Politik rund um die Uhr beschäftigen, das Bedürfnis stärkt, wieder andere und eigene Themen auf die politische Agenda zu setzen bzw. setzen zu können.

---

<sup>11</sup> Holger Schmale, Demokratie gegen das Volk; in: Berliner Zeitung, 11. Mai 2012, S.4.

- Das wirft die Frage nach den gesellschaftlichen Konfliktlinien, nach den blockierten Entwicklungspfaden auf, auf die durch die Wahl der Piraten aufmerksam gemacht werden soll. Schaut man auf die Themen, die mit den Piraten seit ihrer Gründung verbunden werden, so handelt es sich um große Themen wie Eigentum, Rechte des Individuums, Rechte der Produzenten und Bürger in einer technologisch radikal veränderten Produktionsweise. Offensichtlich haben Politik und Gesellschaft alternative Entwicklungspfade, notwendige Regulationsbedürfnisse und Chancen der besseren Einrichtung der Gesellschaft verschlafen, nicht genutzt, ja blockiert, und damit auch die TrägerInnen und Subjekte dieser Potentiale an ihrer Entfaltung gehindert, ihnen Anerkennung und Einfluss verweigert. Die Wahl der Piraten würde dann ausdrücken: Wir wollen daran unseren Teil. Und wir wollen unseren Teil beitragen, etwa zur Lösung des Partizipationsproblems unter veränderter technologischer Produktionsweise. In Traditionslinien des klassischen Sozialliberalismus, der in seinen guten Zeiten Grundsätze des Liberalismus und Sozialismus in demokratische Politik zu transformieren trachtete, weisen die Piraten und ihre Wähler darauf hin, dass die aktuellen Krisenphänomene tatsächlich Ausdruck einer Großen Krise sind, die die gesamte Produktionsweise erfassen, nicht weil der Kapitalismus am Ende ist, sondern weil sich die technologische Struktur der Wertschöpfung und der Gesellschaft radikal verändert hat, weil etwa neue technologisch gestützte Produktions-, Distributions- und Konsumweisen entstanden sind, die die Eigentumsfrage in neuer Gestalt akut machen.
- Hierzu, zur Blockade von Regulationsbedürfnissen, korrespondiert der Habitus der Piraten: Sie treten nicht auf als die einzige Partei mit den richtigen Antworten, in ihren Verfahrensweisen reflektieren sie die Komplexität der Angelegenheiten, durch ihre technikaffines Herangehen an Problemlösungen erscheinen sie per se eher unideologisch, eher realitätsorientiert und pragmatisch. Sie gebärden sich als „Ingenieure der Demokratie“.

## **Wahlnachtberichte / Die Autoren, die Autorin / Vorbehalt**

### Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

### Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Autoren der Wahlnachtberichte stellen diese Bewertung der Wahlen sowie weitere Texte zu Wahlen, Wahlkämpfen u.a. in ihrem Blog zur Verfügung:

**<http://wahlanalysen.wordpress.com>.**

Die Wahlanalysen können zudem unter [www.benjamin-hoff.de](http://www.benjamin-hoff.de) abgerufen werden.

### Zu den Autoren / der Autorin

*Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff* ist Sozialwissenschaftler und Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Er lebt in Berlin und ist Geschäftsführer von MehrWertConsult.

*Horst Kahrs* ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin und arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit den Themenschwerpunkten Politik des Öffentlichen und Klassenanalyse.

*Dr. Konstanze Kriese* ist Kulturwissenschaftlerin. Sie lebt in Berlin und arbeitet bei der Bundestagsfraktion DIE LINKE. als Vorstandsreferentin.

### Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 13./14. Mai 2012 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen.

Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

\* \* \*